

Pulsnitzer Anzeiger

Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Verkaufspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Mpf., bei Lieferung frei Haus 50 Mpf. Postbezug monatlich 2.30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Verkaufspreises. — Anzeigenpreise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlaß hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und G. L. Förster's Erben. Verantwortlich für Textliches u. Sächsisches, Unterhaltungs- u. Sportteil: Karl Hoffmann, Pulsnitz, für Politisches u. den übrigen Teil: Walter Mohr, Pulsnitz, D. A. XII.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolf-Hitler-Str. 4. Fernruf 518 u. 550.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramenz des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 20

Freitag, den 24. Januar 1936

88. Jahrgang

Litwinow gegen Uruguay

Anmaßende Rede vor dem Räte

Als der südamerikanische Staat Uruguay vor kurzem die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abbrach, da der Sowjetgesandte Wintin den kommunistischen Aufbruch in Brasilien mit Geldmitteln unterstützt hatte, hatte sich die Sowjetregierung bekanntlich beim Völkerbund beschwert und Uruguay der Verletzung des Artikels 12 der Völkerbundsatzung beschuldigt, weil es den Streitfall nicht vorher einem Schiedsverfahren unterworfen habe.

In der letzten öffentlichen Sitzung des Völkerbundes stand jetzt die Sowjetbeschwerde zur Verhandlung, wobei sich der sowjetrussische Vertreter, Außenkommissar Litwinow, die denkbarste Mühe gab, den Völkerbund zu einem Instrument der kommunistischen Internationale zu stampeln.

Litwinow gab in weitläufigen Ausführungen, die von unbewiesenen Behauptungen und belanglosen Phrasen strotzten, eine ausführliche Darstellung des Streitfalles, wobei er sich selbstverständlich bemühte, alle Schuld auf Uruguay zu schieben. In seiner dreiviertelstündigen Rede „stellte er fest“, daß die in der uruguayischen Note erwähnten Anschuldigungen gegen die Sowjetregierung und ihre Vertretung in Montevideo völlig unbegründet seien. (1) Uruguay spreche lediglich Vermutungen aus, und auch diese seien in der Hauptsache nicht seine eigenen. Scheinheilig erklärte der Vertreter der Sowjetunion, daß weder die Sowjetregierung noch die Sowjetvertretung in Montevideo, noch irgendwelche andere Beauftragte der Sowjetregierung kommunistische Kreise in Uruguay oder in einem benachbarten Staat ausgewiegelt oder unterstützt hätten, denn die „Sowjetregierung hält unabänderlich an ihrer Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten fest.“ (2) Die uruguayische Regierung solle Beweise des Gegenteils, wenn sie irgendwelche habe, vorbringen und, so behauptete Litwinow anmaßend, derartige Beweise könnten nicht erbracht werden.

Zum Schluß erklärte der Sowjetvertreter, die uruguayische Regierung habe bei ihrem Vorgehen zweifellos „auf die Vorurteile spekuliert, die in reaktionären Kreisen vieler Länder gegen die Sowjetunion gehegt würden“, wobei er sich in ebenso törichten wie haltlosen Verdächtigungen gegen Deutschland und Italien erging.

Uruguays Gegenklage

Auf die langen Ausführungen, mit denen Litwinow die Sowjetpolitik reinzuwaschen suchte, erwiderte der Vertreter Uruguays, Guani, unter großer Spannung mit einer scharf umrissenen Anklagerede, die dem Sowjetvertreter sichtlich unangenehm war. Wiederholt versuchte Litwinow, die für ihn peinliche Wirkung dieser Feststellungen am Ratsisch durch offensives Lachen zu überwinden. Man sah aber deutlich, daß die Schilderungen des Vertreters von Uruguay auf die übrigen Ratsmitglieder nicht ohne Eindruck blieben. Zum erstenmal begann hier vor dem Völkerbundsrat in aller Öffentlichkeit eine diplomatische Auseinandersetzung darüber, ob Sowjetrußland überhaupt die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft im Völkerbund erfüllt.

Im einzelnen führte der Vertreter Uruguays aus, die Geschichte der Sowjetunion verzeichne zahlreiche Fälle des Mißbrauchs der diplomatischen Immunität. So habe 1918 in der Schweiz eine Sowjetgesandtschaft den Bürgerkrieg anzuketteln gesucht und sei deshalb ausgewiesen worden. Kurz danach habe die britische Regierung die Sowjet-Handelsorganisation aus London ausgewiesen wegen ihrer revolutionären Umtriebe. Später habe Mexiko aus demselben Grunde die Beziehungen zur Sowjetunion abgebrochen. In Buenos Aires habe man 1931 die Sowjethandelsagentur ausgewiesen. Kürzlich hätten die Vereinigten Staaten eine Note an Moskau gerichtet, worin der Sowjetunion revolutionäre Umtriebe vorgehalten wurden. Auch andere Länder hätten entsprechende Vorstellungen in Moskau erhoben.

Der Redner behandelte dann die revolutionäre Tätigkeit der Dritten Internationale und betonte, daß deren Zusammenhang mit der Sowjetregierung unbefreitbar sei.

Er sprach alsdann von dem kommunistischen Aufstand in Brasilien und der Rolle, die auch hierbei die Sowjetpolitik gespielt hat. Auf dem letzten Kongreß der Dritten Internationale seien die Ergebnisse der Revolutionspropaganda in Latein-Amerika erörtert worden. Dieser Kongreß habe festgestellt, daß die Mitarbeit des brasilianischen kommunistischen Revolutionärs Carlos Prestes nunmehr gesichert sei.

Die Gesandtschaft in Montevideo sei die Zentrale für die kommunistische Revolution in den lateinamerikanischen Ländern gewesen. Die Sowjetgesandtschaft in Montevideo habe revolutionäre Unruhen in Brasilien hervorgerufen. Da das Zentrum dieser Aktivität sich in der Sowjetgesandtschaft Montevideos befunden habe, sei es für die Regierung Uruguays unbedingt notwendig gewesen, diesem Zustand schleunigst ein Ende zu machen. Uruguay habe in berechtigter Selbstverteidigung gehandelt.

Der Grund für das Vorgehen der Regierung Uruguays sei internen Charakters. Es handelt sich nicht um einen

internationalen Konflikt, sondern um einen Akt des Souveränitätsrechtes Uruguays zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande und zur Verhütung eines Bürgerkrieges. Infolgedessen komme auch die von Sowjetrußland angeordnete Bestimmung des Paktes nicht in Betracht.

Der Redner betonte schließlich, die Zeit sei gekommen, da man sich gegen die zerstörenden Theorien Sowjetrußlands verteidigen müsse. Der Rat werde deshalb sicherlich das Vorgehen Uruguays billigen.

Nach der Rede des Vertreters Uruguays wurde die weitere Aussprache auf die Nachmittagsitzung verschoben. Baron Moisi protestierte in scharfer Form gegen die Anspielung Litwinows auf Italien. Er erklärte, Italien habe es nicht nötig, einen Vorwand zu suchen für eine Aktion, die es aus Gründen der Sicherheit und der Zivilisation unternommen habe. Er wolle mit Litwinow nicht über die abseitige Frage diskutieren.

Pariser Uebergangsgregierung?

Sarraut mit der Kabinettsbildung beauftragt

Die ersten Versuche zur Regierungsneubildung in Frankreich haben keinen Erfolg gezeitigt. Nach dem durch die Haltung der Radikalsozialisten herbeigeführten Rücktritt der Regierung Laval hatte der Präsident der Republik als ersten Schritt zu sich berufen, der jedoch die Uebernahme eines Auftrages mit der Begründung ablehnte, daß er mit seinem Rücktritt aus dem Kabinett seine Freiheit als Staatsbürger habe wiedererlangen wollen. Ebenso erfolglos war eine Unterredung des Präsidenten mit dem Vorsitzenden der radikalsozialistischen Kammerfraktion Delbos.

Im Anschluß daran empfing Präsident Lebrun den radikalsozialistischen Senator Sarraut und bot ihm in einer einstündigen Unterredung den Auftrag der Kabinettsbildung an. Senator Sarraut hat das Angebot grundsätzlich angenommen und wird nach Fühlungnahme mit einer Reihe politischer Persönlichkeiten dem Präsidenten seine endgültige Antwort überbringen.

Senator Albert Sarraut war vom 27. Oktober bis 24. November 1933 Ministerpräsident und hat im übrigen zahlreichen Kabinetten als Minister angehört. Er wird voraussichtlich versuchen, ein geschäftsführendes Uebergangskabinett bis zu den Wahlen zusammenzustellen, die bekanntlich für den Monat März in Aussicht genommen sind.

Wieder Goldabfluß ins Ausland.

Im Zusammenhang mit der Ministerkrise beginnen sich wieder finanzielle Spekulationen auszuwirken. Dem „Matin“ zufolge sind in drei Tagen, vom 19. bis 21. Januar, bereits über 600 Millionen Franken Gold aus den Kellern der Bank von Frankreich ins Ausland abgeflossen.

Sarrauts Besprechungen noch nicht beendet

Am 19. Uhr (frz. Zeit) hatte Senator Sarraut seine Besprechungen mit den verschiedenen politischen Persönlichkeiten noch nicht beendet. Es war daher auch noch nicht möglich, dem Staatspräsidenten eine endgültige Antwort zu erteilen. Nach seiner Unterredung mit dem Vorsitzenden der radikalsozialistischen Partei, Daladier, empfing Sarraut den ehemaligen Ministerpräsidenten Chaumeys, den gegenwärtigen Postminister Mandel und den Vorsitzenden der radikalsozialistischen Kammerfraktion Delbos.

Man hat in unterrichteten Kreisen den Eindruck, als ob die Radikalsozialisten ein ausgesprochen radikalsozialistisches Kabinett vorziehen würden. Sarraut neigt jedoch zu einer Regierung auf breiterer Grundlage. Daladier erklärte beim Verlassen Sarrauts, daß er einen Mann vorgefunden habe, der entschlossen sei, die ihm übertragene Aufgabe zu erfüllen, und zwar so schnell wie möglich.

Am Freitag endgültige Antwort Sarrauts

Senator Sarraut hat seine Besprechungen gegen 17.30 Uhr unterbrochen und wird sie um 21 Uhr im Ministerpräsidium

fortsetzen. Er wird erst im Laufe des Freitagvormittags dem Präsidenten der Republik seine endgültige Antwort bekanntgeben.

Moskau wählt weiter

„Botschaft“ Dimitroffs an die französischen Kommunisten. Während dem französischen Bürger so viel von Sicherheit und Kollektivität berichtet wird und er sich in dem stolzen Bewußtsein befindet, daß die ganze Welt gegen Deutschland „gesichert“ ist, beginnt sich im eigenen Lande immer stärker die größte Gefahr für die Sicherheit des französischen Bürgers zu entwickeln. In Billeurbanne, der kommunistischen Hochburg unweit von Lyon, wurde die achte Tagung der kommunistischen Partei Frankreichs unter dem Vorherrschafts des Sachins eröffnet.

Aus Anlaß dieser Tagung fühlte sich der Generalsekretär der Komintern, der berühmte Dimitroff, „verpflichtet“, eine Botschaft an die französischen Kommunisten zu richten, deren offene Worte, so sollte man meinen, der französischen Öffentlichkeit die Augen vor den Gefahren öffnen, denen sich Frankreich durch ein enges Zusammengehen mit der Sowjetunion aussetzt.

Das internationale Proletariat, so predigte Dimitroff, werte aufs höchste die Erfolge, die die französischen Kommunisten in ihrem Kampf gegen Faschismus und Reaktion bisher errungen hätten. Die französischen Kommunisten würden als wahre Revolutionäre handeln, wenn sie im Geiste des — durch seine Scharparolen bekanntgewordenen — 7. internationalen kommunistischen Kongresses „arbeiten“, und wenn sie sich nicht klarmachen, daß das französische Proletariat unbedingt eine stärkere und kämpferische Partei auf seinem Gebiete haben müsse.

Der Verhandlungsraum des kommunistischen Parteitagess war mit Inschriften versehen, auf denen man die bezeichneten Worte lesen konnte: „Es lebe die französische Republik der Sowjets!“ Ob man in Paris jetzt noch nicht merkt, wohin die Fahrt gehen soll? — — —

Thorez enthüllt die Pläne der französischen Kommunisten

Paris, 23. Januar. Die Tagung der Kommunisten in Billeurbaune hatte ihren Höhepunkt mit der großen politischen Rede des kommunistischen Abgeordneten Thorez, der nicht weniger als 4 Stunden sprach.

Thorez schilderte die Wirtschaftslage Frankreichs und seine natürlichen Reichtümer, um daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, daß Frankreich eigentlich ein Schlaraffenland sein müßte, wenn nicht „die Politik der nationalen Einheit und des Kapitalismus die Krise heraufbeschworen hätte“. Der kommunistische Abgeordnete ging sogar soweit, die Mord- und Kindesentführungen auf das Konto des augenblicklichen Regimes zu setzen.

